

N i e d e r s c h r i f t LJHA Nr. 1/2023 (8)

zur 6. Sitzung in der 8. Amtsperiode des Landesjugendhilfeausschusses
mit den Schwerpunktthemen: Gesetz zur Änderung des KJHG-LSA, Kinder- und
Jugendarmut

am: Dienstag, den 31.01.2023
Beginn/Ende: 09.30 Uhr bis 14.25 Uhr
als: Videokonferenz

- Öffentlicher Teil -

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung mit Feststellung der Beschlussfähigkeit und
Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2 Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 19.09.2022 und
28.11.2022
- TOP 3 SGB-VIII-Reform: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des KJHG-LSA
- Einführung: Claudia Großberndt (MS) und UA SGB VIII
- TOP 4 Kinder- und Jugendarmut (Antrag 22/2022)
- Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V.
- TOP 5 Absprachen für nächste Sitzungen – Themen / Verantwortlichkeiten /
Referent*innen
- 20.02.2023
- 17.04.2023: Digitalisierung
- TOP 6 Verschiedenes

von den 20 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend:

01. Magdalena Forchmann	02. Olaf Schütte
03. Christian Scharf	04. Pascal Begrich
05. Nancy Wellenreich	06. Michael Schmelzer
07. Gernot Quasebarth bis 12.58 Uhr	08. Igor Pissetski ab 11.30 Uhr
09. Kathrin Rösel	10. Christian Deckert

11. Janine Kaminski	12. Dr. Kerstin Schumann
13. Peter Marx	14. Inga Wichmann
15. Johannes Walter	

von den 20 stellvertretend stimmberechtigten Mitgliedern anwesend:

01. Katja Bach	02. Carolin Rutsche
03. Rebecca Kutz	04. <u>Mirko Günther bis 12.03</u>
05. Karsten Mettendorf bis 11.30 Uhr	06. <u>Robin Radom</u>

von den 13 beratenden Mitgliedern anwesend:

01. Antje Specht	02. Dirk Schmutzler ab 12.30 Uhr
03. Andre Köhler bis 14.00 UHR	04. Marcus Politt ab 09.59 Uhr
05. Katrin Gensecke	06. Nicole Anger bis 11.41 Uhr
07. Susan Sziborra-Seidlitz bis 12.00 Uhr	

von den 13 stellvertretend beratenden Mitgliedern anwesend:

01. Prof. Dr. Bettina Hünersdorf	02. Kerstin Sienkiewicz
03. Tobias Krull	

anwesende Mitarbeiter*innen der Verwaltung:

01. Isolde Hofmann bis 13.56 Uhr	02. Claudia Großberndt
03. Philipp Dressel	04. Dr. Ursula Cremer
05. Dirk Günther	

Neben den namentlich aufgeführten Personen haben Gäste an der Sitzung teilgenommen.

Zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung:

TOP 1	Eröffnung der Sitzung mit Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung	
-------	--	--

Pascal Begrich eröffnet die Sitzung. Es sind 16 stimmberechtigte Mitglieder anwesend, damit ist der Ausschuss beschlussfähig.

Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Im Anschluss verpflichtet der Vorsitzende die anwesenden neuen Mitglieder im LJHA auf die Arbeit gemäß Satzung und Geschäftsordnung.

TOP 2	Genehmigung der Niederschriften über die Sitzung vom 19.09.2022 und 28.11.2022	
-------	--	--

Die Niederschriften vom 19.09.2022 und vom 28.11.2022 werden wie vorgelegt genehmigt.

TOP 3	SGB-VIII-Reform: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des KJHG-LSA Einführung: Claudia Großberndt (MS) und UA SGB VIII	
-------	--	--

Pascal Begrich führt zum Thema ein. Mehrfach wurde sich mit der Änderung des KJHG-LSA auf Basis der jüngsten SGB VIII-Reform befasst, am 27.06.2022 wurde eine Prioritätenliste mit Blick auf die Umsetzung der SGB-VIII-Reform auf Landesebene erstellt. Am 19.09.2022 wurde eine Stellungnahme zum Arbeitsentwurf des Sozialministeriums verabschiedet. Geplant war, heute auf der Sondersitzung eine Stellungnahme zum Kabinettentwurf im Rahmen des regulären Anhörungsverfahrens zu beschließen. Das Vorgehen war mit dem MS und dem LJA kommuniziert.

Allerdings ist die Mitzeichnungsrunde der zuständigen Ministerien noch nicht abgeschlossen, so dass heute noch zum aktuellen Arbeitsentwurf beraten wird, der gegebenenfalls noch Änderungen im Rahmen der Mitzeichnung erfährt.

Dieser Arbeitsentwurf diente dem UA SGB VIII hat auf seiner Sitzung am 24.01.2023 als Grundlage für die kommentierte Synopse, zu der heute diskutiert wird. Eine zweite Lesung des LJHA hierzu wird am 20.02.2023 dazu stattfinden. Die ursprünglich für den 20.02.2023 geplanten Schwerpunkte werden somit verschoben, um entsprechend zeitlichen Raum dafür zu haben.

Isolde Hofmann berichtet zum Zeitplan und die technischen Details.

Der Gesetzentwurf vom 20.12.2022 wurde zur Mitzeichnung an die Ressorts verschickt; aus dem Mitzeichnungsverfahren resultierte eine Maßgabe des MI, die vor der Befassung des Kabinetts noch umzusetzen ist.

Die Anhörung der kommunalen Spitzenverbände und der anderer zu Beteiligten erfolgt nach der Befassung des Kabinetts.

Geplant ist, den Entwurf unter Berücksichtigung der Rückmeldungen aus dem Mitzeichnungsverfahren am 6. Februar an die Staatskanzlei zu senden. Am 14. Februar soll der Kabinettsbeschluss erfolgen. Dem schließt sich dann ein vierwöchiges Anhörungsverfahren an.

Pascal Begrich weist darauf hin, dass auf der Sondersitzung noch keine abschließende Stellungnahme beschlossen, sondern mit der Erarbeitung einer Beschlussvorlage für die Sitzung am 20.02.2023 begonnen wird.

Nancy Wellenreich berichtet, dass der UA SGB VIII zur Synopse getagt hat und führt in den Einführungstext ein.

Nach Diskussion wird vereinbart, dass Mirko Günther diese Einleitung in Vorbereitung auf die Sitzung am 20.02. bzgl. der Schulsozialarbeit präzisiert.

Pascal Begrich ruft die Synopse auf, die Mitglieder diskutieren zum Text abschnittsweise. Daraus resultierende Änderungen, Ergänzungen und offene Fragen werden vermerkt. und Änderungen am Text werden durchgeführt. Die entsprechend ergänzte Vorlage dient als Grundlage zur Fortsetzung der Diskussion am 20. Februar.

Nach den Anmerkungen zu § 27a wird aufgrund der fortgeschrittenen Zeit die Debatte beendet und ab dort auf der nächsten Sitzung fortgeführt. Dabei werden auch bereits diskutierte Abschnitte aufgegriffen, zu denen bis zum 20.02. noch Zuarbeiten erfolgen.

TOP 4	Kinder- und Jugendarmut (Antrag 22/2022 geänd.) Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V. (KJR)	
-------	--	--

Robin Radom setzt einen Impuls mittels einer Power-Point-Präsentation, um in das Thema einzuführen. Der KJR beschäftigt sich seit dem letzten Jahr mit dem Thema als Jahresthema, dazu wurde ein Positionspapier erarbeitet.

Er bringt den Antrag 22/2022 geänd. ein. Robin Radom ergänzt dazu, dass dieser Antrag ein Anstoß sein soll, das schließt weitere Folgeanträge nicht aus.

Nach Diskussion wird folgender Beschluss gefasst.

Beschluss Nr. 2023-(8)-01:

1. Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt, die kommunalen Jugendämter und die Verwaltung des Landesjugendamts werden gebeten, sich dafür stark zu machen, junge Menschen in der aktuellen Krisenlage in den Blick zu nehmen. Dies betrifft vor allem folgende Aspekte:
 - a. Einschränkungen bis hin zur Schließung oder Absage von Angeboten für junge Menschen, insbesondere durch energiebasierte Eingriffe oder starke Kostensteigerungen z. B. bei den Teilnehmendenbeiträgen, müssen verhindert werden. Um mögliche Insolvenzen bei Vereinen und Verbänden aufgrund der steigenden Kosten abzuwenden, müssen kurzfristige und schnellgreifende Lösungen gefunden werden.
 - b. Härten für junge Menschen bekämpfen und abmildern
 - c. Entwicklung einer krisenfesten Partizipationskultur für junge Menschen
2. Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt wird gebeten, sich auf Bundesebene für die Einführung einer an den Bedarfen junger Menschen ausgerichteten Kinder- und Jugendgrundsicherung einzusetzen.
3. Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt sowie die kommunalen Jugendämter werden gebeten, sich für eine Stärkung der Partizipation von Armutsbetroffenen sowie von Selbst- und Interessenvertretungen von jungen Menschen einzusetzen. Dabei sollen insbesondere gezielt Interessenvertretungen unterstützt werden, in denen sich von Armut besonders betroffene Gruppen organisieren. Hierzu gehört die Einrichtung von Heimräten, wie auch die Einbeziehung und Förderung von Migrant*innenjugendselbstorganisationen. Partizipationsformate und -instrumente müssen armutssensibel gestaltet werden.
4. Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt wird gebeten, über folgende Aspekte im Interesse junger Menschen mit dem Ministerium für Bildung des Landes Sachsen-Anhalt ins Gespräch zu kommen und sich für eine Umsetzung einzusetzen:
 - a. Schulsozialarbeit bedarfsgerecht verstetigen
 - b. Armutssensibilität im Schulsystem erhöhen
 - c. Lernmittelfreiheit für Schüler*innen
5. Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt wird gebeten, zusätzliche Fachkräfte für Einrichtungen mit besonderen Bedarfen nach § 23 KiFöG, oftmals bekannt als Kita-Sozialarbeit, zu fördern und diese Stellen darüber hinaus zu verstetigen. Darüber hinaus ist die Herstellung von Chancengerechtigkeit in der

elementaren Bildung zu stärken. Sprach-Kitas sollten daher in Sachsen-Anhalt verstetigt werden.

6. Die Verwaltung des Landesjugendamts wird gebeten, bei der Planung von Fortbildungen das Thema „Armutssensibles Handeln“ zu berücksichtigen.

7. Zur Verbesserung der sozialen Teilhabe von jungen Menschen in Armut wird das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt gebeten, eine auskömmliche Förderung der Kinder- und Jugendarbeit in den Haushaltsanmeldungen 2024 ff. zu berücksichtigen.

8. Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt wird gebeten, die Datenbasis zum Thema Kinder- und Jugendarmut im Land zu verbessern. Hierfür braucht es eine breite Verständigung über relevante Indikatoren und Subindikatoren.

9. Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt wird gebeten, die Kommunen bei der Etablierung von Präventionsketten zur Vermeidung von Folgen von Kinder- und Jugendarmut zu unterstützen.

10. Der Landesjugendhilfeausschuss fordert das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt dazu auf, sich bei der Landesregierung für eine IMAG zum Thema Armut einzusetzen, die explizit die Themen Kinder- und Jugendarmut mit begleitet. Der LJHA empfiehlt, zur IMAG beratend eine Person aus dem LJHA hinzuzuziehen.

Der Landesjugendhilfeausschuss bittet die Verwaltung des Landesjugendamts, den Beschluss an das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt weiterzuleiten sowie in der Runde der Jugendamtsleiter*innen zum Beschluss (insb. Pkt. 1 und 3) zu berichten und dem Landesjugendhilfeausschuss über die Ergebnisse der Beratungen zu informieren.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

TOP 5	Absprachen für nächste Sitzungen – Themen / Verantwortlichkeiten / Referent*innen -20.02.2023 -17.04.20023	
-------	--	--

Am 20.02.2023 soll die Debatte zum KJHG-LSA weitergeführt werden. Des Weiteren wird es ein Anerkennungsverfahren geben.

Erhalten bleibt das Thema Digitalisierung am 17.04.2023.

TOP 6	Verschiedenes -	
-------	--------------------	--

Hier gibt keine Wortmeldungen.

gez. Begrich Vorsitz	gez. Koch (Schriftführer*in)

